

Unbehagen im Stadtstaat

Autor(en): Martin Furrer
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2010

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/7a540058-bca1-4e0e-92b4-14f48ac9c5bf>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Unbehagen im Stadtstaat

Basels viel gelobte, idealistische Integrationspolitik stösst auf Widerstand

Martin Furrer

Vor dem Restaurant Alibaba rauchen Männer Wasserpfeife, in der Bar Alpenblick trinken Rentner Bier, im Alban-Market gibt es Balkan-Spezialitäten, im Brotladen Ziegler Basler Laibli. Exotisches und Heimisches findet sich an der Klybeckstrasse auf Schritt und Tritt: Coiffeur Ali, Denner, Herrensalon di Mevo, Coop, Phuket Hair Cut, Babylon-Import – Ausländer und Einheimische gehen friedlich ihren Geschäften nach. Eine Idylle der Integrationspolitik in Kleinbasel. Da springt einem die Schweizerfahne ins Auge, die stolz, ja trotzig auf einem Balkon flattert – mitten im Jahr. Jenseits des 1. August wirkt sie wie ein patriotisches Dauerbekenntnis in einem Quartier, das zur Hälfte von Ausländern bewohnt wird. Da will wohl einer sagen: «Halt, wir sind auch noch da!»

Die Fahne ist ein Menetekel. Sie weht symbolhaft für einen Trend. Denn Basels idealistisch-pragmatische Integrationspolitik steht unter Druck. 1999 wurde unter FDP-Regierungsrat Jörg Schild ein Integrationsleitbild geschaffen. Seine Strategie des «Förderns und Forderns» erntete viel Lob im In- und Ausland. Im Vordergrund steht das Potenzial, nicht die integrationspolitischen Defizite der Immigranten. Doch mittlerweile sieht man vermehrt auch die Probleme der Multikulturalität.

«Wir sind auch noch da» – dieser Ruf wird lauter. Idylle? Es hat sie ohnehin nie gegeben. So votiert die Stadt Basel seit vielen Jahren auf eidgenössischer Ebene in migrationspolitischen Fragen zwar linker als die Durchschnittsschweiz, aber regelmässig konservativer als die Städte Zürich und Genf. Die Abstimmung über das Minarettverbot im November 2009 hat diesen Trend bestätigt: Mit 52,6 Prozent Nein-Stimmen verwarfen die Basler das Anliegen knapp, Zürich und Bern opponierten dem SVP-Begehren mit 63,7 und 64,3 Prozent Nein-Stimmen deutlicher. Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010.

Tickt Basel ausländerfeindlich? Ist die Integrationspolitik nicht mehr mehrheitsfähig? Dieses Fazit scheint übertrieben. Sie wird aber kritisch hinterfragt – sogar von ihren Promotoren. Im Januar 2010 wendet sich Elisa Streuli, Leiterin der Abteilung Gleichstellung



und Integration des Präsidialdepartements Basel-Stadt, in einer Stellungnahme an die Bevölkerung. Das «äusserst knappe Nein» zum Minarettverbot habe die Behörden «kalt erwischt». Es sei zu werten als Zeichen eines «diffusen Unbehagens». Ein Teil der Einheimischen fühle sich «im Kampf um den Arbeitsplatz, aber auch um günstigen Wohnraum durch die Zuwanderung bedroht». In dieser «fragilen Situation» könne «bereits ein Kopftuch das Fass des latenten Unbehagens zum Überlaufen bringen». Die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung – 32,5 Prozent der 192 000 Einwohner sind ohne Schweizer Pass – sei zwar gut integriert. Aber es gebe «Delikte, die häufiger von Personen mit ausländischem Pass ausgeübt werden», namentlich Gewalt im öffentlichen Raum durch junge Männer. Streuli relativiert damit den Optimismus des Integrationsleitbildes, das Chancengleichheit für alle verspricht. «Integrationspolitik vermag nicht alles. Integrationspolitik kann nicht die Welt retten, ein immerwährend friedliches Zusammenleben garantieren und die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Ungleichheit auffangen.»

Das «latente Unbehagen» im Stadtstaat bricht in der Politik wenige Wochen nach der Minarettabstimmung auf. Bürgerliche Parlamentarier zeigen Flagge und rufen nach einer Verschärfung des Integrationsgesetzes. FDP-Grossrat Christophe Haller sagt in der BaZ: «Ausländer, die nicht bereit sind, in unserer Gesellschaft mitzumachen, haben bei uns nichts verloren. Sie müssen den Kanton verlassen.» David Wüest-Rudin, Präsident der Grünliberalen, doppelt nach: «Es soll Konsequenzen haben, wenn man sich der Integration entzieht.» Der Grosse Rat lehnt im Frühjahr entsprechende Vorstösse ab. Der grüne Stadtpräsident Morin setzt sich durch mit dem Argument, Basel habe bereits das «strengste Integrationsgesetz» der Schweiz. Es erlaubt das Abschliessen von Integrationsvereinbarungen mit schlecht integrierten Ausländern: Wer keinen Sprach- oder Integrationskurs besucht, kann die Aufenthaltsbewilligung verlieren. Laut Morin haben diese Vereinbarungen «klar repressiven Charakter».

Im April hält der liberale Erziehungsminister Christoph Eymann die Fahne der christlichen Leitkultur hoch. Es gibt Probleme mit muslimischen Eltern, die ihre Töchter aus religiösen Gründen vom schulischen Schwimmunterricht dispensieren wollen. Eymann spricht Bussen von 350 Franken gegen einige muslimische Familien aus. Das neue Schulgesetz, das die Eltern stärker in die Pflicht nimmt, gestattet dies.

Im Juli erweist sich Elisa Streulis Mahnung, schon ein Kopftuch könne «das Fass des latenten Unbehagens zum Überlaufen bringen», als prophetisch. Im Frauenbad des Egli-see streitet sich eine Schweizerin mit einer Muslimin mit Kopftuch um einen Platz auf einer Sitzbank. Andere Schweizer Frauen beklagen sich, dass Musliminnen immer wieder mit den Kleidern ins Wasser stiegen. Musliminnen wiederum stören sich an Frauen, die oben ohne baden, und am männlichen Wachpersonal, das regelmässig patrouilliert. Die BaZ spricht von einem «Kampf der Kulturen im Frauenbad».

Dann kühlen sich die Gemüter ab – bis im September eine Studie der Universität Neuenburg erneut vor Augen führt, dass nicht alles zum Besten bestellt ist. Zwar sei die

«Willkommenskultur» der Stadt positiv; so veranstaltet der Regierungsrat regelmässig Informations- und Kontaktabende für Neuzuzüger. Die Autoren kritisieren aber eine «Orientierungslosigkeit» in der Integrationspolitik. Zudem gebe es angesichts der vielschichtigen Migrationsbevölkerung neue Probleme: «In Basel leben hochqualifizierte Mitarbeiter der Pharmaindustrie, seit Jahrzehnten ansässige alternde Südeuropäer, traumatisierte Schutzsuchende aus Kriegsgebieten, ambitionierte und leistungsorientierte Secondos und nachgezogene Familienangehörige.» Diese alternden Südeuropäer – Italiener, Spanier, auch Türken – seien ab den 1960er-Jahren in die Schweiz eingewandert, ohne je gut Deutsch zu lernen. Sie seien integrationspolitisch vernachlässigt worden.

Parlament und linke Vertreter der Regierung setzen darum auf ein integratives Mittel: das Ausländerstimmrecht. Eine Initiative fordert das kantonale aktive und passive Stimm- und Wahlrecht für Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren in Basel wohnen und eine Niederlassungsbewilligung besitzen. Der Gegenvorschlag postuliert ein aktives Wahlrecht nach fünf Jahren Wohnsitz in Basel und zehn in der Schweiz. Doch im September sagen 80,9 Prozent der Stimmenden Nein zum Ausländerstimmrecht; 61 Prozent lehnen den Gegenvorschlag ab. In der BaZ konstatiert Guy Morin ernüchtert: «Ich stelle fest, dass Integrationspolitik schwieriger geworden ist, dass sie stark polarisiert. Offenbar haben viele Menschen den Eindruck, dass die Zuwanderung von Ausländern ihre eigene Identität in Frage stellt.» Von einem totalen Misserfolg will Morin jedoch nicht reden: «Unsere Politik wäre gescheitert, wenn wir im Kanton Riesenkonflikte mit Zuwanderern hätten oder ein Grossteil der ausländischen Bevölkerung nicht integriert wäre. Das ist aber nicht der Fall.»

Der Wink mit der Schweizerfahne hat Folgen. Das Integrationsgesetz, das ein «ge-
deihliches, auf gegenseitigem Respekt beruhendes Zusammenleben» von Einheimischen und Migranten postuliert, wird zwar vorerst nicht verschärft. Guy Morin und Elisa Streuli denken aber darüber nach, Integrationsgespräche für Immigranten auf freiwilliger Basis als Pilotprojekt einzuführen, um deren Defizite besser erfassen zu können. Zudem soll laut Streuli das Integrationsleitbild überarbeitet werden: «Es ziehen immer mehr hochqualifizierte Personen aus EU- und Efta-Staaten nach Basel, andererseits sind mittlerweile rund zehn Prozent der Basler Bevölkerung Muslime. Dem müssen wir Rechnung tragen.» Angesichts des «Unbehagens in der Bevölkerung» und Ängsten vor Hasspredigern in Moscheen solle im Leitbild zudem festgeschrieben werden, «dass wir fundamentalistische Tendenzen klar bekämpfen».

«Fördern und Fordern» – die Integrationsdevise galt und gilt weiterhin. Nur wird nach elf Jahren das «Fordern» jetzt stärker betont.